

Das Gold als Elendsquelle.

Auf den ersten Blick scheint keine Frage den Proletariats fern zu liegen, als die der Goldproduktion. Was haben sie, die selbst kaum je Gold in Besitz bekommen, mit dieser glühenden Erscheinungsform des Reichtums zu tun, die sich in den Kassen ihrer Ausbeuter anhäuft? Dennoch ist diese Frage eine der wichtigsten und folgenschwersten für die heutige Gewerkschaftsbewegung geworden.

Der beschränkte Kleinbürger bekundet seine Unwissenheit in gesellschaftlichen Fragen in dem Stoßseufzer: Ach, wäre das Gold doch überflüssiger, dann könnten wir alle reich sein! Dem Arbeiter, der etwas in der Nationalökonomie Bescheid weiß, ist es bekannt, daß gerade umgekehrt Ueberfluß von Gold Verarmung und Verelendung der Massen mit sich bringt.

Alle Waren werden gegen Gold ausgetauscht; Gold ist das allgemeine Tauschmittel und vermittelt daher den Umlauf, die Bewegung aller Waren von Hand zu Hand. Der Preis einer Ware drückt aus, wieviel Gold gegen diese Ware ausgetauscht wird; sieht man von den aus anderen Einflüssen herrührenden Abweichungen ab, so hängt dies von dem Wertverhältnis von Ware und Gold ab. Der Preis einer Ware ändert sich also nicht nur, wenn ihr eigener Wert sich ändert, sondern auch, wenn der Wert des Goldes wechselt. Wenn infolge besserer technischer Methoden oder durch das Auffinden reichhaltiger Aderen das Gold mit geringerer Mühe in größerer Masse gewonnen wird, so sinkt sein Wert; um dieselben Waren wie früher zu kaufen, ist mehr Gold nötig, also steigen alle Preise. Alle diejenigen, die auf ein festes Geldeinkommen angewiesen sind, und dafür ihre Lebensmittel kaufen müssen, verarmen und leiden Not durch die Entwertung des Goldes.

Ein solcher Fall ist aus der Geschichte bekannt. Als nach der Entdeckung Amerikas große Goldmassen nach Europa flossen, trieben sie in dem Maße, wie sie sich allmählich hier verbreiteten, alle Preise gewaltig in die Höhe. In einem ähnlichen Fall befinden wir uns jetzt wieder.

Der Wert des Goldes tritt zutage in seinem Verhältnis zu allen andern Waren. Da nun jede dieser Waren für sich auch fortwährend ihren Wert ändert, läßt sich nur aus dem Durchschnitt aller Warenpreise etwas über die Veränderungen des Goldwertes ermitteln. Sehen wir uns diese Durchschnittspreise, die von den Defonomen regelmäßig als Indezahlen berechnet und zusammengestellt werden, näher an, so bemerken wir ein wellenförmiges Auf- und Niedergehen. Im Jahre 1896 zeigten sie als niedrigsten Wert 61 (wenn der Preisdurchschnitt der Jahre 1867-77 auf 100 gesetzt wird), dann steigen sie bis 75 in 1900, sinken 1902-03 wieder bis 69, steigen 1907 bis 80, um dann wieder zu sinken. Diese raschen Schwankungen haben natürlich mit dem Wertverhältnis von Waren und Gold nichts zu tun, denn das wechselt nicht so rasch. Sie entstehen aus einem allen Waren gemeinsamen Wechsel in Angebot und Nachfrage, der von der Konjunktur abhängt. Die Indezahlen zeigen durch ihr Schwanken den Wechsel von Prosperität und Krise an; jedesmal, wenn eine Zeit der Prosperität sich dem Ende nähert, erreichen die Preise einen höchsten und nach dem Einbrechen der Krise einen niedrigsten Stand. Will man das wirkliche Wertverhältnis von Gold und Waren haben, so muß man diese Schwankungen der Konjunktur ausschalten und eine regelmäßige Mittellinie zwischen den höchsten und niedrigsten Werten hindurch legen. Man findet dann zuerst während mehrerer Jahrzehnte eine regelmäßige Abnahme bis zu 66, ungefähr im Jahre 1895, und von dort an eine regelmäßige Steigung, die 1908 schon 76 (also 15 Prozent höher) erreicht hatte. Diese Steigung kann zum Teil durch eine wirkliche Steigung vieler Waren — eine Verteuerung der mineralischen Rohstoffe durch die Monopole, des Getreides durch die Bodenerschöpfung in Amerika — bewirkt sein. Aber zu einem bedeutenden Teil wird man als ihre Ursache eine Verbilligung des Goldes infolge verbesserter Produktionsmethoden anzusehen haben.

Von dieser Entwertung des Goldes wird in erster Linie der Arbeiter betroffen, der von seinem Geldlohn leben muß. Der Lohn, den er erhält, hat an Kaufkraft eingebüßt. In der Gestalt eines Zwanzigmarkstückes bekommt er weniger Wert als zuvor in die Hand, während er Recht darauf hätte, denselben Wert für seine Arbeitskraft zu bekommen. Es ist also unbedingt notwendig, daß sein Lohn in demselben Verhältnis steigt, wie alle Warenpreise. Das ist dann nicht einmal eine Lohnsteigerung zu nennen. So wenig zwanzig schwere Taler aus minderwertigem Silber einen höheren Lohn darstellen als sechs kleine goldene Zehnmarkstücke, so wenig stellen acht Zehnmarkstücke heute, aus dem heute minderwertigen Golde, einen höheren Lohn dar als sieben solcher Goldstücke vor 15 Jahren aus dem hochwertigeren Golde von damals. Deshalb darf der Arbeiter unbedingt eine Erhöhung seines Geldlohnes fordern, damit bei den steigenden Warenpreisen sein wirklicher Lohn nicht sinkt.

Kann es ihn nun dabei etwas kümmern, ob die steigenden Preise eine Folge steigender Warenwerte, monopolistischer Preistreiberien oder eines sinkenden Goldwertes ist? Auf den ersten Blick erscheint es völlig gleichgültig und eine unnötige theoretische Lüftung, die Ursachen der Preissteigerungen zu suchen. Denn der Wert der Arbeitskraft wird durch den Wert der zum Leben notwendigen Waren bestimmt, und dem Arbeiter gebührt also so viel Lohn, daß er diese Waren kaufen kann; ob die dazu nötige Geldsumme durch die eine oder andere Ursache

größer ist, geht ihn nichts an. So scheint es auf den ersten Blick. Aber dennoch kann ihm die Ursache der Preissteigerungen nicht gleichgültig sein. Denn davon hängt die Haltung des Unternehmers ab. Steigen z. B. nur die Getreidepreise und fordert er deshalb mehr Lohn, so wird der Unternehmer ihm entgegen: muß ich davon den Schaden tragen, da ich doch für meine Ware nicht mehr wie früher erhalte? Kann der Unternehmer die Preise seiner Produkte nicht erhöhen, ohne seine Konkurrenzfähigkeit zu gefährden, so muß einer von beiden den Schaden tragen, und nur der Kampf kann darüber entscheiden. Ist aber die Preissteigerung eine Folge des sinkenden Goldwertes, so kann der Unternehmer nichts gegen eine Erhöhung des Geldlohnes einwenden, denn der Preis seiner eigenen Produkte steigt in demselben Verhältnis. Alle Zahlungen und Käufe finden jetzt mit einem minderwertigen Gelde statt, und eine Weigerung, einer Erhöhung des Geldlohnes zuzustimmen, wäre nichts als ein niederträchtiger Versuch, auf einem Umwege einen Extraprofit auf Kosten der Arbeiter herauszuschlagen. Namentlich, weil die Lohnsätze in den Tarifverträgen nach vielem Unterhandeln und oft von Schiedsgerichten festgesetzt werden, ist es für die Gewerkschaften von Wichtigkeit, daß sie die Ursache der Preissteigerungen kennen und damit ihre Forderungen besser begründen können.

Ist daher die Goldproduktion für den gewerkschaftlichen Kampf ein wichtiger Faktor, so ist sie es nicht weniger für die ganze gesellschaftliche Entwicklung. Weil jede Lohnerhöhung einen Kampf erfordert und weil die Arbeiter selbst noch vielfach an dem Schein des Geldwertes haften, werden die Löhne den Veränderungen des Goldwertes nur teilweise folgen. Sinken die Preise, so werden die Löhne, namentlich wenn Gewerkschaften da sind, diesem Sinken nicht folgen. Die Lage der Arbeiter verbessert sich fast mühelos und die Ueberzeugung setzt sich fest, daß auch unter dem Kapitalismus ein stetiger Aufstieg des Proletariats möglich ist. Eine Zeit steigenden Goldwertes und sinkender Preise ist eine Zeit friedlicher Evolution; eine antirevolutionäre, zufriedene Stimmung macht sich breit. Die bekannte und oft gerügte konservative Geistesverfassung der englischen Gewerkschafter ist nicht am wenigsten eine Folge davon, daß die Zeit ihres stärksten Aufschwunges eine Zeit sinkender Preise war.

Umgekehrt bei steigenden Preisen. Trotz großer Anstrengungen kann die Arbeiterklasse ihre Lebenslage nur wenig verbessern; der größte Teil ihrer Energie muß dazu verbraucht werden, den Reallohn auf derselben Höhe zu halten. Sie baut mächtige Organisationen auf, die namentlich durch die stetigen Kämpfe an innerer und äußerer Kraft wachsen, aber die positiven Verbesserungen entsprechen dieser Machtzunahme und dem eigenen Kraftgefühl nicht. Daher wächst die Empörung gegen die herrschende Ordnung, die revolutionäre Gesinnung. Weil die Macht des Volkes steigt, während es zugleich unbefriedigt bleibt, wird eine solche Zeit eine Zeit revolutionärer Entwicklung sein. So wird der steigende Goldstrom, der sich über die Welt ergießt, zu einem weltumwälzenden Faktor ersten Ranges.

Bericht des Zentralkomitees

der Sozialdemokratischen Partei Sachsens für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910. Allgemeines.

Es leben unsere Freunde, die Feinde! konnten im verflossenen Jahre alle diejenigen Parteigenossen ausrufen, die in der Vorbereitung für die moderne Arbeiterbewegung ihre Kräfte einsetzten. Denn das abgelaufene Geschäftsjahr war eins der arbeitsreichsten und erfolgkräftigsten in der sächsischen Parteigeschichte. Wenn jemand vor dem Landtagswahltermin behauptet hätte, daß ein Viertelhundert Sozialdemokraten in den Landtag einzuziehen würde, so hätte er sich dem Gespött der Genossen ausgesetzt, denn auch der optimistischste unter ihnen hielt ein solches Resultat für ausgeschlossen. Und es ist sicher: Die ungeheure Arbeit, die die Partei leistete, die Opfer, die von unsern Parteigenossen gebracht wurden, sie allein hätten die glänzenden Erfolge nicht zeitigen können, wenn nicht die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Reich und Staat uns zu Hilfe gekommen wären.

Wohl hatte die wirtschaftliche Krise mit all ihren traurigen Begleiterscheinungen nicht mehr die Schärfe wie im vorhergehenden Jahre. Die Arbeitslosigkeit sank bedeutend herab und die Unterstützungseinrichtungen der modernen Gewerkschaften konnten sich wieder einigermaßen von den Wunden erholen, die ihnen vorher geschlagen wurden. Aber ein anderer nicht zu unterschätzender Feind der Arbeiterklasse trat auf den Plan: Die neuen ungerechten indirekten Steuern, die der schwarz-blau-polnische Schnapsblock dem deutschen Volke beschert hat. Zu der Zeit vom 1. August bis 1. Oktober 1909 traten die erhöhten Branntwein-, Tabak- und Zigarettensteuern in Kraft, wurde der Kaffee- und Teezoll perfekt, denen die Zündholz- und Glühbirnensteuern sich anschlossen. Daneben erschien die Reichsstempelnovelle mit dem erhöhten Effektenstempel, die Talonsteuer, der Grundstückumsatzstempel, der Wechselstempel und endlich auch der Schenkstempel. Die Erbschaftsteuer fehlt bekanntlich. Die ersten Zwangen die Volksmassen zur Einschränkung des Konsums, dieser bewirkte eine Abnahme der Produktion und die deutschen Tabalarbeiter, die auch in Sachsen reichlich vorhanden sind, wurden zahlreich und heftig von der Hungernot heimgeführt.

Die große Bauarbeiterausperrung nahm auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe die erste Stelle ein. Kraft in allen Bezirken Sachsens wurde diese Machttroße der Baugewaltigen angewandt. Der guten Organisation und der eisernen Disziplin der im Bauberufe beschäftigten Arbeiter ist es zu danken, daß der Zweck dieser Mißhandlung glatt vereitelt wurde. Mit einem vollen Erfolge gingen die Arbeiter aus diesem Kampfe hervor. Die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft bewährte sich hier ebenso wie die den schwedischen ausgesperrten Arbeitern gegenüber geübte.

Der vom Leipziger Parteitag beschlossene Schnapsblock gab den politischen Organisationen Veranlassung, in Verbindung mit den Gewerkschaftskartellen den Kampf gegen den schädlichen Alkoholgenuss energisch zu führen. In allen Bezirken Sachsens wurden Vorträge über dieses Thema veranstaltet, Flugblätter verbreitet und die Parteipresse ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um auf die traurigen Folgen des Schnapsgenusses hinzuweisen. Und dieser Kampf muß mit aller Energie weitergeführt, dem Schnapssteufler muß überall der Krieg erklärt werden. Damit müssen wir unster Bewegung, der Gesundheit des Volkes und dem Frieden in der Familie. Zugleich aber schäbligen wir die eingeschworbenen Feinde der modernen Arbeiterbewegung auf das empfindlichste.

Die Beschlüsse der Zittauer Landesversammlung

wurden vom Zentralkomitee prompt ausgeführt. Der Antrag an den Parteitag zu Leipzig, den Mitgliederbeitrag für ganz Deutschland einheitlich zu gestalten und auf 10 Pf. pro Woche festzusetzen, fand in den Verhandlungen der Organisationskommission keine Mehrheit, trotzdem die Genossen Lipinski und Sindermann sich eifrig dafür ins Zeug legten und auch die Unterstützung der Komiteemitglieder von Hamburg, Frankfurt a. M., Magdeburg usw. erhielten. Wären der Parteivorstand und die Berliner Delegierten dafür eingetreten, dann war dessen Annahme in der Organisationskommission gesichert. Der Parteitag selbst entschied im Sinne der Beschlüsse der Organisationskommission, den Mindestbeitrag auf 30 Pf. monatlich festzusetzen, gegen eine sehr starke Minorität, die für unsern Antrag eintrat.

Das auf der vorigen Landesversammlung beschlossene Gemeindegewahlprogramm ist vom Zentralkomitee in 2000 Exemplaren den Genossen unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden.

Der letzte Beschluß betraf unsere Taktik bei den Landtagswahlen und wird weiter unten ausführlich behandelt werden.

Als die Landesversammlung in Zittau geschlossen wurde, fanden wir bereits mitten in der Agitation für die

Nachwahl im 10. Reichstagswahlkreise.

Die vereinigten Gegner boten alles auf, um einen Stimmenrückgang zu vermeiden. Nach Reichsverbandsmantelnen kämpften sie gegen uns. Aber Tausende von Wählern, die früher „gut bürgerlich“ gestimmt hatten, wurden in unsere Reihen gedrängt und stimmten sozialdemokratisch. Genosse Schüpfflin zog mit 21 190 Stimmen in den Reichstag, sein Gegner blieb mit 9444 Stimmen und mit bitterbösem Gesicht zu Hause. Unsere Majorität beträgt 11 750 Stimmen und ist eine ernsthafte Mahnung an unsre Gegner, auf diesen Kreis nie wieder einen Ansturm zu versuchen, denn ihre Niederlagen können nur größer, niemals kleiner werden.

Die Landtagswahlen

bildeten naturgemäß das Hauptereignis im verflossenen Jahre. Unsere Kandidaten waren bereits für fast alle 91 Kreise von der Landesversammlung bestätigt. Ende August und Anfang September setzte die Agitation durch einen Aufruf der vereinigten Komitees auf der ganzen Linie ein. Wacker, unermüdet und unverdrossen kämpften unsere Genossen in allen Wahlkreisen. Galt es doch, zum erstenmal das neue Vierklassenwahlrecht auszuprobieren! Und galt es doch auch, zum erstenmal zu erforschen, in welchen sozialen Schichten der Bevölkerung wir unsere Anhänger muster können. Durch die Stimmenhäufung, geschieht durch hohes Einkommen und Steuerleistung, Besitz und „Bildung“, schienen uns die bürgerlichen Parteien schon im voraus als bedeutend überlegen. Deshalb war auch die Hoffnung auf eine starke sozialdemokratische Bewegung der Zweiten Ständekammer des Landtags äußerst gering in unsern Reihen. Außerdem hatte ein großer Teil unser Genossen die Befürchtung, daß sich die Massen infolge der Ausbeutung auf positive Erfolge durch das schlechte Pluralwahlrecht nicht allzu sehr zu den Wählurnen drängen würden. Auch die Unklarheit des § 101 des Wahlgesetzes, durch die viele Tausende wegen Steuererlassen zu Unrecht ums Wahlrecht kamen, die halbjährige Schäftigkeit verbunden mit der zweijährigen Staatsangehörigkeit erhöhten keineswegs die Hoffnung auf eine stattliche Mandatszahl.

Und doch waren wir alle angenehm enttäuscht, als am Abend des 21. Oktober die Resultate ermittelt waren, als der Telegramm überallhin die Kunde trug, daß die sächsische Sozialdemokratie einen bemerkenswerten Sieg davongetragen habe. Gewählt waren im ersten Wahlgange: 15 Sozialdemokraten, 14 Konservative und 4 Nationalliberale. Freisinnige und Mittelständler brachten keinen Kandidaten im ersten Anlauf durch, sondern waren nur auf die Hilfe der andern Parteien in der Stichwahl angewiesen. Außerdem kamen wir in 56 Wahlkreisen in Stichwahl, in der wir uns noch weitere 10 Mandate zulekten, so daß unsre Partei mit 25 Mann zur stärksten sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Deutschland wurde.

Die konservative Majorität war zertrümmert und auch die Nationalliberalen lehrten geschwächt in das neue Landhaus an der Brühlischen Terrasse zurück. Der Sieg der Sozialdemokratie war ausschließlich auf Kosten der schwärzesten Reaktion erfolgt, das ist die erfreulichste Erscheinung am Landtagswahlergebnis.

Der Zug nach links, der sich überall bei den Nachwahlen im Deutschen Reiche bemerkbar machte, erhielt bei den sächsischen Landtagswahlen seinen prägnantesten Ausdruck.

Mandate erhielten: Konservativ 27, Freikonservativ 3, Reformier und Mittelständler 2, Nationalliberale 28, Freisinnige 8, Sozialdemokraten 25.

Der Ausfall einer Wahl ist von uns aber niemals nach der Zahl der eroberten Mandate bemessen worden, sondern nach der abgegebenen Stimmenzahl, da diese den besten Gradmesser für den Willen der Bevölkerung offenbart. Und nach den Stimmenzahlen tritt die Sozialdemokratie trotz des Pluralismus an die erste Stelle.

Nach den Angaben in der Zeitschrift des Königl. Sächs. Statistischen Landesamts (und den Parteigenossen empfehlen wir, die Sonderausgaben dieser Zeitschrift, die in zwei Teilen die vom Landtag beschlossene und von der Regierung ausgeführte Statistik über die Landtagswahlen enthält, sich anzuschaffen) entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmen:

Table with 2 columns: Party Name and Number of Votes. Includes: Konservativ und Bund der Landwirte (28180), Freikonservativ (1 Mandat) (5005), Mittelstandsvereineigung und Mittelrenten (55502), Nationalliberale (386541), Freisinnige (100804), Sozialdemokraten (492522), Zerplittert (1220), Zusammen (1278008).

Advertisement for MAGGI Würze. Text: 'Wirkliche Ersparnis' and 'MAGGI Würze Schutzmarke Krauzstern'. Includes an image of a Maggi product bottle and the slogan 'Man verlange ausdrücklich „MAGGI“ Würze, sie ist und bleibt die Beste!'.